

## **Petition gegen Tempo 30: Anwohnerin fordert mehr Verkehrsfluss in Albstadt**

Anwohnerin in Albstadt startet Petition gegen Tempo 30 während Tunnelsanierung; Umleitungen sorgen für Frustration.

Die Stimmung in Albstadt ist ziemlich angespannt, seit die B463 zwischen Albstadt und Balingen am 16. August aufgrund von Bauarbeiten gesperrt wurde. Hauptgrund dafür ist die umfassende Tunnelsanierung in Laufen, die voraussichtlich bis Januar 2026 andauern wird. Neben der Tunnelsanierung sind auch weitere Arbeiten im Gange, wie der Bau einer neuen Brücke über die Eyach und die Sanierung einer weiteren Brücke. All das sorgt derzeit für massive Umleitungen, die die Bürger in den umliegenden Ortschaften sehr belasten.

Die Straßenverhältnisse haben sich mit der temporären Umleitung gravierend verändert. Valerie Schmid, eine Anwohnerin des Stadtteils Margrethausen, hat sich über die aktuelle Verkehrssituation beschwert. Ihrer Meinung nach bremst das Tempo 30-Schild, das auf den Umleitungstrecken aufgestellt wurde, den Verkehr unnötig aus. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass viele Autofahrer sich nicht nur an das Schild halten, sondern oft noch langsamer fahren. "Man kann mit 15 km/h hintereinander 'herschleichen' und sich einfach nur aufregen," erläutert Schmid ihre Frustration über die langsame Verkehrsführung.

### **Der Einfluss von Tempo 30**

Schmid ist der Ansicht, dass ein Tempolimit von 50 km/h nicht

nur den Verkehrsfluss verbessern würde, sondern auch die Lärmemissionen und Abgasbelastungen reduzieren könnte. Bei niedrigen Geschwindigkeiten müssen viele Autos im zweiten oder sogar im ersten Gang fahren, was die Lärmentwicklung erhöht. Ihre Überlegungen führten sie dazu, eine Petition ins Leben zu rufen, die sich an die Stadt Albstadt richtet. In dieser fordert sie, die 30er-Schilder, die in den Umleitungsorten installierte wurden, abzunehmen und wieder Tempo 50 zuzulassen.

Das Thema hat in der Bevölkerung bereits Wellen geschlagen. Schmid erhielt viel Unterstützung von anderen Autofahrern im Zollernalbkreis, die sich ihrer Meinung anschließen. Diese Resonanz erhofft sie sich auch für ihre Petition, die 750 Unterschriften von Bürgern aus Albstadt benötigt, um eine offizielle Einreichung bei der Stadt zu ermöglichen. Bis die Unterschriften gesammelt sind, hat sie noch etwa neun Wochen Zeit und ist fest entschlossen, nicht so schnell aufzugeben.

## **Stadtverwaltung und Verkehrsbehörde**

Die Stadtverwaltung selbst äußert sich derzeit nicht zu der Petition. Auf Nachfrage des SWR wurde angegeben, dass bisher noch keine Petition eingegangen sei. Verantwortlich für die Verkehrsführung in Zusammenhang mit der Baustelle ist das Regierungspräsidium Tübingen. Dieses rechtfertigt das Tempo 30 mit der Argumentation, dass es eine notwendige Maßnahme sei, um den Verkehr gleichmäßiger durch die Ortschaften fließen zu lassen und damit die Lärmbelastung zu senken.

Die laufenden Bauprojekte an der B463 sind Teil eines umfassenden Plans, der nicht nur den Tunnels an der Stelle in Laufen umfasst, sondern auch die nötige Infrastruktur für die kommenden Jahre verbessern soll. Dies sind wichtige Schritte zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und zur Instandhaltung der Straßen, die sowohl Anwohner als auch Durchreisende nutzen.

## **Verkehrssituation in Albstadt: Ein ständiger Kampf?**

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in den kommenden Wochen entwickeln wird. Sollte die Petition von Valerie Schmid genügend Unterschriften sammeln, könnte sie möglicherweise einen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Stadtverwaltung haben. Die laufende Tunnelanierung und die damit verbundenen Umleitungen werfen Licht auf die ständige Herausforderung, den Verkehr in einer wachsenden Stadt effektiv zu managen, während gleichzeitig die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden müssen. Schmid und viele andere sind fest entschlossen, sich Gehör zu verschaffen, egal wie lang der Weg auch sein mag.

## **Verkehrssituation und Anwohnerproteste**

Die Thematik rund um die Tempo 30-Schilder und die damit verbundenen Umleitungen in Albstadt ist nicht nur ein lokales Problem, sondern spiegelt auch größere Entwicklungen in der Verkehrspolitik wider. Immer häufiger werden in städtischen und ländlichen Gebieten Geschwindigkeitsreduzierungen eingeführt, um die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern, Luftverschmutzung zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Der Widerstand der Anwohner, wie im Fall von Valerie Schmid, ist jedoch nicht unüblich. Oft wird befürchtet, dass langsamerer Verkehr zu einem vermehrten Stau führt und die Anwohner noch unzufriedener macht. Laut einer Umfrage des ADAC aus dem Jahr 2022 befürworten 59 Prozent der Autofahrer eine Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten, doch gleichzeitig gibt es erhebliche Bedenken hinsichtlich der Verkehrsdichte und der Lärmbelastung während der Umleitungen.

## **Gesetzliche Rahmenbedingungen und Umweltschutz**

Die Entscheidung, Tempo 30 in Ortschaften einzuführen, ist nicht nur eine Angelegenheit der lokalen Behörden, sondern wird durch übergeordnete gesetzliche Rahmenbedingungen beeinflusst. Das Straßenverkehrsgesetz (StVG) erlaubt Geschwindigkeitsbeschränkungen, wenn diese zur Gefahrenabwehr und zur Verbesserung der Verkehrsbedingungen dienen. Dies wird durch verschiedene Umwelt- und Lärmschutzrichtlinien gestützt, die darauf zielen, die Lebensbedingungen in Wohngebieten zu verbessern.

Zudem fördern viele Bundesländer wie Baden-Württemberg die Einführung von Tempo 30 als Teil ihrer Nachhaltigkeitsziele. Eine Studie des Umweltbundesamtes zeigt, dass durch Tempo 30 in Wohngebieten nicht nur der Lärmpegel gesenkt, sondern auch die Luftqualität verbessert wird. Diese Studien ermutigen die Entscheidungsträger, solche Maßnahmen auch in kritischen Verkehrssituationen, wie bei Umleitungen, durchzuführen.

## **Langfristige Lösungen für Verkehr und Infrastruktur**

Um die Herausforderungen im Verkehr durch Baustellen und Umleitungen zu mildern, braucht es langfristige Lösungen. Einige Experten schlagen vor, die Infrastruktur so zu gestalten, dass sie den Anforderungen einer wachsenden Bevölkerung und sich ändernden Verkehrsgewohnheiten gerecht wird. Dazu zählen beispielsweise ausgebaut öffentliche Verkehrssysteme oder integrierte Fahrradwege, die Alternativen zum PKW-Verkehr bieten.

Ein Hoffnungsschimmer könnte auch die digitale Verkehrssteuerung sein, die es ermöglicht, Verkehrsströme dynamisch zu regulieren. Solche Systeme könnten helfen, Staus zu vermeiden und die Belastung für Anwohner während Bauarbeiten zu minimieren. In Städten wie Hamburg und München wurden bereits erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**